

denen Nachwahlen für das weiße Parlament in Kapstadt stattfanden.

Die burische Einheitsfront ist zerbrochen. Mehr als die Hälfte der Weißen spricht Afrikaans als Muttersprache. Einig im calvinistischen Glauben, bestimmten diese Buren mehr als drei Jahrzehnte lang das politische Geschehen in der Südafrikanischen Republik.

Doch spätestens seit der Abspaltung eines starken rechten NP-Flügels unter Führung des früheren Ministers Andries Treurnicht vor gut einem Jahr und der Gründung der Konservativen Partei „ist der Monolith angeknackst“, so die liberale englisch-sprachige Zeitung „Rand Daily Mail“.

Seitdem belegen „Verligte“ (Erleuchtete) und „Verkramppte“ (Altmodische) einander öffentlich mit wüsten Be-

Schlimmer noch: In den beiden ländlichen Wahlkreisen zusammen ernteten die KP und deren noch rassistischere Schwester Herstigte Nasionale Party (HNP) ebenso viele Stimmen wie die Regierung. „Eine vereinigte Rechte hätte nun eine reelle Chance, der Regierung gefährlich zu werden“, kommentierte Johannesburgs „Sunday Times“.

Daß es wahrscheinlich nicht dazu kommen wird, ist wiederum nur dem alten Burenübel „Broedertwis“ (Bruderzank) zu verdanken: HNP und KP bekämpfen einander mindestens ebenso erbittert wie den gemeinsamen Feind. „Steinzeitmenschen“, urteilte Treurnicht über die HNP-Konkurrenz, die Schwarze öffentlich als Kaffern und Affen beschimpft.

ketten OK-Bazaar und Checkers mittlerweile bis zu 80 Prozent ihres Umsatzes mit schwarzen Käufern. In der Nähe der (nach wie vor separaten) Schwarzen Bahnhöfe wurden ganze Straßenzüge für schwarze Kundschaft ausgerichtet.

Umstrittenster Punkt im Kampf der burischen Brüder ist die von Premier Botha jetzt im Parlament eingebrachte neue Verfassung, obschon dort von der Rechtsstellung der Schwarzen nicht mal die Rede ist – so als ob es diese Bevölkerungsmehrheit nicht gebe. Allerdings sollen Asiaten, meist indischer Abstammung, und Mischlinge in eigenen Parlamenten gemeinsam mit der weißen Volksvertretung politisch mitreden dürfen. Tonangebend bleibt jedoch ein mächtiger weißer Präsident.

Gezielt bringen die Botha-Gegner die seit eh und je auch biblisch untermauerte reine Apartheidslehre ins Spiel. „Können wir es zulassen, daß ein Moslem weißen Christen Gesetze aufzwingt?“ fragten etwa rechte Apartheidsapostel. Und, Gipfel der Schreckensvision: „Eine Sitzung des Kabinetts könnte mit einem Koran-Spruch eröffnet werden.“

Die Kritik der „Verkrampften“ bremst die sanfte Apartheidsreform Bothas nochmals. Der Stadtrat von Pretoria etwa beschloß, 17 öffentliche Parkanlagen für Schwarze zu schließen. Anfang der siebziger Jahre waren die „Whites only“-Schilder an den Eingängen abmontiert worden, weil zu einer internationalen Sportveranstaltung auch Schwarze aus dem Ausland erwartet wurden.

Künftig werden schwarze Hilfspolizisten und Stacheldrahtbarrieren dafür sorgen, daß nur Weiße und allenfalls schwarze Kindermädchen „in Begleitung weißer Kinder“ die gepflegten Rasenflächen in Pretorias Innenstadt benutzen.



Weiße Kinder, schwarze Kindermädchen: Verrat am weißen Mann?

schimpfungen, oft auch mit Faustschlägen. Die einen wollen etwas weniger Apartheid, die anderen noch mehr. Nur die offizielle Opposition, die Progressive Föderale Partei (PFP), die noch niemals an der Regierung war, will die ins Gesetzbuch geschriebene Rassenungleichheit ganz abschaffen.

Vor allem Arbeitsminister Stephanus Botha wurde Zielscheibe der „Verkrampften“, weil die Apartheid gerade in seinem Bereich gelockert wurde, etwa durch die Zulassung schwarzer Gewerkschaften.

Nur knapp verteidigte der Minister seinen Wahlkreis Soutpansberg gegen den Ultra Tom Langley von den Konservativen. Doch im Nachbarbezirk Waterberg siegte der promovierte Calvinisten-Pfarrer Andries Treurnicht (Spitzname: „Dr. No“) mit fast 50prozentigem Stimmenvorsprung vor dem NP-Mann Eben Cuyler.

Absurd erscheinen die Vorwürfe der Rechts-Parteien gegen Premier Pieter Willem Botha: Weil er das starre Rassendogma seit seiner Amtsübernahme 1978 gelockert hat, sei er ein „Ausverkäufer“ und übe „Verrat am weißen Mann“. Vielen Weißen in Waterberg und Soutpansberg gelte schon „ein Schwarzer auf dem Bürgersteig“ als verderbliche Rassenintegration, so die „Rand Daily Mail“.

Dabei bekennt sich auch die NP unerschütterlich zur Apartheid, wenn auch einer kosmetisch geschönten. Vorwiegend praktische Erwägungen haben Veränderungen erzwungen. Nicht zuletzt profitierte die überwiegend weiße Geschäftswelt von der steigenden Kaufkraft der Schwarzen. In einigen Bereichen sind Schwarze bereits die bei weitem wichtigsten Kunden.

So machen die Lebensmittel- und Möbelabteilungen der größten Warenhaus-

ÖSTERREICH

Saubere Kraft

Die Sozialisten halfen den „Freiheitlichen“ in die Regierung. Die neuen Partner, mehr national als liberal, gelten als Sammelbecken strammer Rechter.

Braun war unsereins nur in den Windeln“, verkündete der wortlustige Wiener Rechtsanwalt Norbert Steger nach seiner Wahl zum Obmann der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), die als Werbe-Farbe Blau führte.

1944 geboren, stand Steger damals, vor drei Jahren, gut da. Er war der erste FPÖ-Chef, dem niemand eine braune Vergangenheit nachsagen konnte.

Entsprechend kühn fielen seine Parolen aus. „Ich lasse mir die Partei von alten Nazis nicht versauen“, sprach er und versprach ein großes Reinemachen in der kleinsten österreichischen Parlamentspartei: Das gutteils deutschnationale Lager solle durch ihn „eine liberale, eine saubere Kraft“ werden. Heute steht

dieser Norbert Steger, dessen Photos wie Brillenwerbung wirken, noch ungleich besser da, nämlich als Vizekanzler und zugleich Handelsminister der eben gebildeten rot-blauen Wiener Koalitionsregierung unter dem sozialistischen Bundeskanzler Fred Sinowatz.

Steger, der „sehr gefinkelte Mensch aus Wien“ (so ein Vorarlberger Funktionär) hat es geschafft, die ein wenig diskriminierten „Freiheitlichen“ nach einem Vierteljahrhundert vergeblichen Strebens ins Kabinett zu bringen und dort mit sechs wohldotierten Posten auszustatten – die SPÖ (47,7 Prozent der Stimmen) gestand der FPÖ (4,9 Prozent) nebst dem Handels- und dem Verteidigungsminister noch den Justizminister sowie drei Staatssekretäre zu.

Ebenso geschafft hat es Steger, ein Talent in Eigenreklame, sich selbst hochzustilisieren – kein anderer Politiker wurde in ähnlich kurzer Zeit landesweit bekannt. Dank seiner Länge von 1,90 Meter fällt er überall auf, dank seines gewaltigen Schnurrbarts, den er sich einmal für die Komparsenrolle eines Italieners in einer Puccini-Oper zugelegt hatte, wird er unverkennbar, dank seiner enormen Zungenfertigkeit sichert er sich meist das letzte Wort.

Mißlungen dagegen ist ihm die feierlich proklamierte Parteiaüßerung: Weder die Blockwarte der Hitlerzeit noch deren Söhne mochten sein „Nazi raus“ ernst nehmen. Unbeeindruckt hielten sie die Reihen dicht geschlossen.

Die Freiheitlichen präsentieren sich auch im vierten Steger-Jahr entschieden mehr national als liberal, als die rechtteste aller Parteien, mit denen eine europäische sozialdemokratische Partei bislang eine Koalition geschlossen hat.

Mindestens 40 Prozent der Basis gelten als alte und neue Nazis. Der Historiker und Schriftsteller Friedrich Heer or-



Künftiger Kanzler Sinowatz
Partner der Rechten



Künftiger Vizekanzler Steger (r.): Nazis raus?

ten allenfalls „einige liberale Elemente in Menschen verschiedener Couleurs“.

Da der Liberalismus in Österreich kaum über parteibildende Traditionen verfügt, geriet die sogenannte dritte Kraft der Zweiten Republik zu einem Sammelbecken von allem, was rechts ist.

Die ersten Kader rekrutierten sich 1949 aus ehemaligen Gefangenen des Entnazifizierungslagers Glasenbach bei Salzburg. Sie strebten beim Abschluß des Staatsvertrages 1955 so heftig „heim ins Reich“, daß ihre Partei als einzige gegen die österreichische Neutralität zu Felde zog.

20 Jahre lang wurde die FPÖ von dem ehemaligen Waffen-SS-Mann Friedrich Peter geleitet, dessen Sondereinheit – die 5. Kompanie des 10. Regiments der 1. SS-Infanterie-Brigade – zwischen 1941 und 1942 in der Sowjet-Union an Judenmorden beteiligt war.

Entsprechend flau gestaltete sich das Renommee der Partei. Die FPÖ galt allzeit als koalitionsunwürdig. Noch 1970, als die Sozialisten knapp unter der 50-Prozent-Grenze blieben, wagte Kanzler Kreisky nicht, mit der Peter-Partei zusammenzugehen. Er entschied sich für eine Minderheitsregierung und erkaufte das stille Einverständnis der blauen Parlamentsabgeordneten durch ein neues, für Kleinparteien günstiges Wahlrecht.

Erst als Steger nach einem Blitzmarsch sondergleichen durch die FPÖ-Institutionen die Parteiführung an sich gerissen hatte, schienen die braunen Schatten zu weichen. Sein „vorbehaltloses Ja zu Österreich“ bereitete dem jungen Parteichef keinerlei Probleme. Auch pflegte er bei passender Gelegenheit die Bundeshymne mitzusingen, und zwar beeindruckend schön, weil er sie einst als Wiener Sängerknabe geübt hat.

Nach den Wahlen vom 24. April 1983, bei denen die Sozialisten nach 13 Jahren Alleinregierung die absolute Mehrheit verfehlt hatten, kam Stegers patriotischer Einsatz voll zum Tragen. Der scheidende Bruno Kreisky legte die letzten Hemmungen gegenüber einer rot-blauen Koalition vom Tisch. „Die Blauen sind absolut demokratisch“, belehrte er die Funktionäre der SPÖ-Jugend, die viel lieber in die Opposition gegangen wären.

Besondere Nähe zur Demokratie wird Steger erst noch zu beweisen haben. Dem künftigen FPÖ-Justizminister Harald Ofner („Ich bin ein österreichischer Deutscher“) werden Kontakte zu rechtsradikalen Aktivisten nachgesagt. Zwei Namen vor allem empfindet Nazijäger Simon Wiesenthal („Ich bin kein Anwalt der Sippenhaftung“) als „Provokation“:

Der künftige FPÖ-Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Gerulf Murer, ist der Sohn jenes Franz Murer, der als Adjutant beim Gebietskommissar in Wilna von den Sowjets beschuldigt worden war, Mitschuld am Tod von 80 000 Juden zu tragen.

Und der neue FPÖ-Abgeordnete Hermann Eigruber ist der Sohn des Gauleiters und Reichsstatthalters von Oberdonau, August Eigruber, der gegen Kriegsende alle KZler und Häftlinge seines Bereichs in einen Stollen treiben und in die Luft sprengen wollte. Wiesenthal: „Ihre Namen jagen allen Naziopfern noch heute den Schrecken ein.“

Ein Glück für Steger, daß wenigstens sein Vorgänger Friedrich Peter auf den Ehrenposten eines Dritten Parlamentspräsidenten verzichtete. Der SSler a. D. begnügt sich mit dem Amt des FPÖ-Fraktionsführers. ♦